

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine)

Sitzungsdatum: Montag, den 12.02.2024
Beginn: 18:15 Uhr
Ende: 20:48 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Bürgermeister

Bürgermeister Bernd Beushausen

Ratsvorsitzender

Beigeordneter Harald Schliestedt

1. stellv. Ratsvorsitzende

Ratsfrau Ute Bertram

2. stellv. Ratsvorsitzender

Ratsherr Thorsten Dinkela

stellvertretender Bürgermeister

Beigeordneter Andreas Behrens

Ratsmitglied

Ratsherr Christoph Bessel

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Dirk Dräger

Ratsfrau Nadine Fischbock

Beigeordnete Sandra Flake

Ratsherr Guido Franke

Beigeordnete Waltraud Friedemann

Ratsherr Dr. Volker Grasemann

Ratsherr Marco Gravili

Ratsherr Uwe Hölzgebaum

Ratsherr Georgios Konstantopoulos Zoom

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann

Ratsfrau Heike Lietz

Ratsherr Lukas Lohmann

Ratsherr Thomas Probst

Ratsherr Jörg Sachs

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsfrau Gabriele Schunder

Ratsherr Robin Trenkel

Ratsherr Christian Voit Zoom

Ratsherr Sören von Nolting Zoom

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Beigeordneter Peter Winkelmann

Beigeordneter Oliver Wöhler

Ratsherr Karsten Wussow

von der Verwaltung

Herr Mario Stellmacher
 Herr Thorsten Laugwitz
 Frau Dr. Sonja Granzow
 Frau Ina Lechel
 Herr Hans-Günther Scharf

Protokollführer

Herr Arne Klingeberg

Abwesend:Ratsmitglied

Ratsherr Dominik Denner
 Ratsherr Stephan Schaper

Presse

Frau Di Lorenzo (Leine Deister Zeitung)
 Herr Riese (Alfelder Zeitung)

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine) sowie der Tagesordnung

Herr Schliestedt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ratsmitglieder, VerwaltungsmitarbeiterInnen, PressevertreterInnen und ZuhörerInnen. Sodann stellt **Herr Schliestedt** die ordnungsgemäße Einberufung, Beschlussfähigkeit des Rates sowie die Tagesordnung in der vorgelegten Form fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 14.12.2023

Das Protokoll wird mit 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und 27 Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

3. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Beushausen berichtet zunächst über die aktuelle Flüchtlingssituation. Die Alfelder Zeitung habe hierzu ausführlich berichtet. Erfreulich sei, dass der Landkreis wie versprochen die Willi-Nikulka-Sporthalle zum 31.03.2024 von Netz nehmen werde und diese dann nach einer Sanierung vermutlich ab den 01.08. wieder als Schulsporthalle nutzbar sein wird.

Am vergangenen Donnerstag fand die gemeinsame Informationsveranstaltung zum Krankenhaus statt. Hier wurden alle Argumente von allen Seiten deutlich dargelegt. Dennoch ist es für uns alle ein Tiefschlag, dass das Krankenhaus sich zukünftig aus der Grund- und Regelversorgung abmeldet und somit auch die Notfallaufnahme entfällt.

Bereits 2004 habe die damalige Große Koalition im Bundestag eine Krankenhausreform auf den Weg gebracht, deren „Früchte“ wir nun ernten müssen. Es war absehbar, dass kleine Krankenhäuser Probleme bekommen werden. Nun regelt sich der Markt mit der Teilschließung des Alfelder Krankenhauses selbst. Inwiefern das Gronauer Krankenhaus weiterhin Teil der Grund- und Regelversorgung bleibe, könne er nicht abschätzen. Diese Entwicklung ist so nicht hinnehmbar, aber es liege nicht in der Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters oder Landra-

tes. Man müsse jedoch mit dieser Entwicklung leben, aber dennoch die Gespräche führen, um die Notfallversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Diese werde er gemeinsam mit dem Landrat führen.

Man dürfe aber nicht vergessen, dass trotz dieser Teilschließung immer noch ein Krankenhaus mit operativen Eingriffen in Alfeld geführt werde und auch die angeschlossenen Praxen weiterhin vor Ort bleiben.

Die Einzigen, die dieses Haus erhalten konnten, waren die Patientinnen und Patienten. Diese haben aber das Haus sehr häufig gemieden und sich an in anderen Krankenhäusern behandeln lassen.

4. Aussprache zum Bericht des Bürgermeisters

Es gibt keine Aussprache zum Bericht des Bürgermeisters.

5. Einwohnerfragestunde

Auf Vorschlag von **Herrn Beushausen** wird den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit gegeben, unter dem nächsten Tagesordnungspunkt Anfragen zu stellen und Statements abzugeben.

6. Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 30.01.2024 zur aktuellen Situation des Alfelder Krankenhauses

Herr Behrens berichtet, dass die Gruppe CDU/FDP am 30.01.2024 den Antrag formuliert habe. Zu diesem Zeitpunkt war die Informationslage zur aktuellen Situation des Krankenhauses noch sehr undurchsichtig. Wichtig sei ihm, dass alle Ratsmitglieder auf einen Kenntnisstand gebracht werden und so auch sprachfähig nach außen sind. Durch die Informationsveranstaltung vom 08.02.2024 habe sich die Situation etwas entspannt. Letztlich habe der Rat keine Möglichkeit auf die unternehmerische Entscheidung von Ameos Einfluss zu nehmen.

Dennoch hält seine Gruppe es für wichtig, dass sich der Rat mit dieser Thematik auseinandersetzt. Für den Rettungsdienst und Notarzt werden zukünftig die Wege länger werden, sodass hier nachgebessert werden müsse. Letztlich müssen Fragen erörtert, was plant der Landkreis diesbezüglich? Was kann der Rat tun?

Herr Hölzbaum stellt fest, dass dies ein ganz wichtiges Thema sei, da es ein Schlag ins Gesicht für die Stadt Alfeld (Leine) bedeute. In der Informationsveranstaltung am 08.02.2024 seien viele Fakten dargelegt wurden. Ihm störe dabei allerdings die dargelegte „empathielose Darstellung“ dieser Fakten. Das Thema Krankenhaus sei aus seiner Sicht nicht mehr zu retten, aber umso mehr müsse für eine Verbesserung des Rettungsdienstes und die Sicherstellung des Notarztes in Alfeld gekämpft werden. Es wird aufgrund der längeren Wege dringend ein 2. RTW in Alfeld benötigt. Er ist sich sicher, dass sich der Bürgermeister mit allen Kräften dafür einsetzen werde.

Herr Winkelmann stellt fest, dass Ameos mit der Teilschließung und mit 40 Kündigungen Fakten geschaffen habe, die man nun nicht mehr aufhalten könne. Er bemängelt die Art und Weise des Arbeitsgebers Ameos, die bereits 2014 110 Kündigungen ausgesprochen haben. Hier ging es schlichtweg immer nur um Profit. Auch die Informationspolitik von Seiten Ameos kritisiert er aufs Schärfste. Auch er fand die durchgeführte Informationsveranstaltung wichtig, kritisiert aber auch, dass von Seiten des Ministeriums wenig Empathie vorgeherrscht habe, da viele Bürgerinnen und Bürger anwesend waren, die Sorgen um die zukünftige Notfallversorgung hätten. Es

gehe schlichtweg darum, einen 2. RTW in Alfeld zu bekommen und dafür werde sich der Bürgermeister nach Kräften einsetzen.

Frau Lehmann empfand es schwierig, von der Teilschließung aus der Presse zu erfahren. Sie dankt der Gewerkschaft Verdi ausdrücklich für den Infostand am Samstag in der Fußgängerzone und die offene Darstellung der Situation. Nun gehe es darum, die Notfallversorgung für die Zukunft zu sichern und einen weiteren RTW zu erhalten. Dabei sei für sie wichtig zu klären, wieviel RTW's aufgrund der längeren Wege tatsächlich notwendig seien und welche Rolle dabei der Rat der Stadt Alfeld (Leine) spielen könne.

Herr Dinkela teilt mit, dass er erst 2019 zugezogen sei und nach dem er im Alfelder Krankenhaus behandelt wurde, gefragt wurde, warum er nicht nach Hannover gegangen sei. Wenn man das Krankenhaus somit nicht unterstütze, dürfe man sich auch nicht wundern. Für ihn gehe es nun auch darum, dass das Krankenhaus in Gronau erhalten bleibe und der Rettungsdienst sichergestellt werde. Aus seiner Sicht seien aber die Beschäftigten die Betroffenen, 40 seien bereits gekündigt und er gehe davon aus, dass diese Zahl eher noch steige. Hierbei geht es auch um soziale Verantwortung.

Er sieht den Antrag der Gruppe CDU/FDP als reinen Aktionismus und populistisch an. Schließlich werden alle Dinge, die im Antrag gefordert werden bereits auf den Weg gebracht. Dies haben Herr Beushausen, Herr Lynack und auch Frau Wißmann bereits öffentlich bestätigt. Er war bei der Veranstaltung der Kreistags-CDU anwesend und dort wurde Ameos quasi ein Blankoscheck ausgestellt. Man dürfe keine Erwartungen wecken, die am Ende nicht erfüllt werden können.

Aus seiner Sicht habe die Privatisierung der Krankenhäuser nicht erst 2004 begonnen, sondern schon in den 1990er Jahren.

Frau Bertram weist die populistischen Vorwürfe ausdrücklich zurück. 2010 haben sich sowohl der Rat als auch der Kreistag im gutem Glauben, dass die Grund- und Regelversorgung erhalten bleibe, dafür ausgesprochen, das Alfelder Krankenhaus an Ameos zu veräußern. Sie hält die getätigten Aussagen seitens des Landes, da werde schon nichts Schlimmes passieren, für eine steife These. Es gehe nicht mehr nur um Alfeld, sondern um die gesamte Region. In der Vergangenheit haben sich die Notaufnahmen schon des Öfteren abgemeldet, so dass weite Fahrten erforderlich wurden, so dass die Wege für den Rettungsdienst noch länger werden. Die Menschen seien verunsichert. Man müsse Visionen entwickeln, in Diepholz z.B. seinen 3 Krankenhäuser vom Netz gegangen und mit 100 Millionen Euro Zuschuss vom Land Niedersachsen habe dort ein Neues eröffnet.

Herr Beushausen berichtet, dass der Landkreis kein Versprechen gegeben habe, sondern der Landrat aufgrund der gegebenen Situation verpflichtet sei, tätig zu werden. Nach der Schließung der Notaufnahme in Alfeld werden RTW und NEF längere Fahrzeiten durch längere Wege haben. Hier gelte nach wie vor die Regel 3 Minuten Rüstzeit, 12 Minuten Anfahrzeit. Aus diesem Grunde muss der Landkreis sich um ein weiteres RTW kümmern, dieses sei zwingend notwendig.

Bzgl. der Rettungswache berichtet **Herr Beushausen**, dass die Verwaltung für einen möglichen Neubau ein Grundstück gegenüber der jetzigen Rettungswache in Limmer West reserviert habe. Dies sei schon vorher geplant gewesen, da es in der jetzigen Rettungswache Setzrisse gebe. Dieses Grundstück sei so bemessen, dass ggf. auch ein 2. RTW und auch ein NEF untergebracht werden könnten.

Die Zusammenlegung von Krankenhäusern sei keine neue Idee, dies habe Pro Diako früher bereits schon erfolgreich umgesetzt.

In Bezug auf die Aussagen von Frau Schröder bei der Infoveranstaltung schlägt er vor, VertreterInnen des Ministeriums kurzfristig zu einer weiteren Ratssitzung einzuladen um mit dem So-

zialministerium hierüber im Rahmen dieser Sitzung zu sprechen und die dargelegten Aussagen zu diskutieren. Dann werde man sehen, ob diese nachvollziehbar sind. Mehr Wissen schade nie.

Frau Friedemann teilt mit, dass der Kreisausschuss heute bereits getagt habe und mit einer Mehrheit, aber nicht einstimmig, einer Verlängerung des Rettungsdienstes bis zum 31.12.2025 zugestimmt habe. Ab dem 01.01.2026 wird der Rettungsdienst dann neu vergeben. Das hierfür erforderliche Gutachten ist bereits in Arbeit. Es werde also bereits alles getan, um die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. Sie bedauert die Auswirkungen auf die Beschäftigten, die sich sicher im Laufe der Zeit noch vergrößern werden.

Herr Behrens stellt fest, dass die Ratssitzung bereits etwas gebracht habe, da man über das Thema gemeinsam spreche. Für die Zukunft müsse man langfristige Ideen entwickeln, diese seien nicht kurzfristig umsetzbar, sondern würden Jahrzehnte dauern. Aber wenn man sich nicht auf den Weg mache, könne man keine neuen Ziele erreichen. Ihm sei es wichtig, dem Bürgermeister ein starkes Mandat in den anstehenden Gesprächen zugeben, in dem sich der Rat ausdrücklich hinter ihm stelle, um die angesprochene Notfallversorgung sicherzustellen.

Auch **Frau Flake** bemängelt, dass sie von der Teilschließung aus der Alfelder Zeitung erfahren musste. Sie betont, dass zu der Veranstaltung in Hildesheim die Kreis-CDU eingeladen haben, die sie für durchaus wichtig empfand, da sie dort Dinge erfahren habe, die sie vorher noch nicht wusste. Auch sieht empfindet es als wichtig, dem Bürgermeister durch ein starkes Statement des Rates den Rücken zu stärken.

Herr Dr. Grasemann teilt mit, dass aus seiner Sicht die Krankenhäuser in Alfeld und Gronau solide Arbeit geleistet haben. Für ihn stand immer fest, dass die kleinen Krankenhäuser die kleineren Notfälle bedienen haben, um den größeren Häusern so den Rücken freizuhalten, für die schwerwiegenden Notfälle. Er frage sich, wie das nun in Zukunft aussehen solle. Bzgl. des 2. RTW stellt er die Frage, wann dieser in Dienst gestellt werde.

Hierzu teilt **Herr Beushausen** mit, dass dies so schnell wie möglichen erfolgen müssen, sobald sich das Alfelder Krankenhaus aus der Grund- und Regelversorgung abgemeldet habe, da dann die längeren Wege notwendig werden.

Herr Wöhler befürchtet, dass durch die Schließung der kleineren Krankenhäuser das Leben auf dem Lande immer unattraktiver werde. Hier müssen Bund und Land dringend für Abhilfe sorgen.

Herr Dinkela fragt an, wie schnell das von Frau Friedemann angesprochen Gutachten vorliege.

Herr Beushausen geht darauf ein, dass die Kreisverwaltung auf die geänderte Situation sofort reagiere. Das Gutachten werde für die Ausschreibung der Vergabe des Rettungsdienstes ab dem 01.01.2026 benötigt.

Herr Schliestedt unterbricht um 19.42 Uhr die Sitzung des Rates um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zur Sache zu äußern.

Die Sitzung wird um 19.55 Uhr fortgesetzt.

Herr Beushausen fasst folgendes als Ergebnis zusammen:

Es bestehe im Rat Einigkeit darüber, dass er sich dafür einsetzt, die Notfallversorgung mit mind. einem weiteren RTW und der Sicherstellung eines NEF vor Ort so schnell wie möglich umzusetzen.

Darüber hinaus soll eine Vertreterin oder ein Vertreter des Niedersächsischen Sozialministerium zu einer Ratssitzung eingeladen werden um mit diesen über die Situation im Rahmen einer möglichst kurzfristigen Ratssitzung sprechen zu können.

- 7. Neufassung der Satzung über die einmalige Erhebung von Beiträgen nach §§ 6 und 6b des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung)**
Vorlage: 328/XIX

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung über die einmalige Erhebung von Beiträgen nach §§ 6 und 6b des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung) in der vorliegenden Form.“

- e i n s t i m m i g -

- 8. Mitteilungen der Verwaltung**

Es werden keine Mitteilungen gegeben.

- 9. Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Herr Schliestedt schließt die öffentliche Sitzung um 20.02 Uhr.

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokoll:

(Schliestedt)

(Beushausen)

(Klingeberg)